



Call for Papers für die Tagung

„Deutschland und Polen in der Europäischen Rechtsgemeinschaft“

vom 9. bis 11. September 2010 in Osnabrück

Wissenschaftliche Tagung mit praxisbezogener Ausrichtung

Auf der Konferenz sollen Vorträge zum deutschen und polnischen Recht präsentiert werden, die aktuelle rechtspolitische Fragestellungen untersuchen. Zu der Tagung werden sowohl Wissenschaftler als auch Anwälte, Richter und Vertreter anderer Berufe eingeladen, die sich sowohl mit dem polnischen als auch dem deutschen Recht beschäftigen.

Themenblöcke

- I. Deutsches und polnisches Vermögensrecht unter dem Einfluss der EU-Rechtsangleichung
 1. Die Umsetzung des vertragsrechtlichen Richtlinienrechts
 2. Subjektive Rechte aus Richtlinien und ihre gerichtliche Durchsetzung
 3. Kreditsicherheiten im Rechtsverkehr
 - benötigen wir einen gesamteuropäischen Ansatz?
 4. Staatshaftung für Verstöße gegen EU-Recht im System des nationalen Haftungsrechts

II. Deutsches und polnisches Familien- und Erbrecht im Vergleich

1. Ehescheidungen und Scheidungsfolgenrecht
aus der privat- und öffentlichrechtlichen Perspektive
2. Reform des polnischen Erbrechts – Reformbedarf auch in Deutschland?

Einreichung der Themenvorschläge

1. Bitte senden Sie Ihre Themenvorschläge mit einem Exposé und kurzen biographischen Angaben **bis zum 30. April** an: dptagung@uos.de.
2. Die Beiträge können in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. Alle Beiträge werden im Anschluss an die Tagung in einem Sammelband veröffentlicht.
3. Die Tagungssprache ist Deutsch (Englisch als 2. Arbeitssprache).
4. Die Zusammenstellung des Programms erfolgt bis zum 15. Mai.
5. Die vollständigen Beiträge sind bis zum 31. Juli einzureichen.

Einladung und Anmeldung

Anmeldungen können über die Homepage <http://www.elsi.uos.de/> erfolgen.

Tagungsgebühr

Die Teilnahmegebühr beträgt 50 Euro.

Veranstalter

European Legal Studies Institute
Universität Osnabrück
Süsterstraße 28
49074 Osnabrück
<http://www.elsi.uos.de/>

Schirmherrschaft

Die deutsche Bundesjustizministerin – Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Der polnische Justizminister – Krzysztof Kwiatkowski
Die polnische Rechtsanwaltskammer – Joanna Agacka-Indecka

Partner

AvH – Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn
AJD – Jan Długosz-Akademie, Tschenstochau (Częstochowa)
UKSW – Kardinal Stefan Wyszyński-Universität, Warschau
WiRO – Recht und Wirtschaft in Osteuropa, München
DPJV – Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Berlin
UŚ – Schlesische Universität, Kattowitz